

Stadt Kamen	
Bürgermeister	
23. MRZ. 2005	
FB/Unz.	Anl.

CDU -Fraktion Kamen · Postfach 1580 · 59172 Kamen

An den
Bürgermeister der Stadt Kamen
Herr Hermann Hupe
Rathaus
59174 Kamen

CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Kamen
Rathausplatz 1 · 59174 Kamen

Telefon: 0 23 07 / 148 - 116
Telefax: 0 23 07 / 148 - 117

Internet: www.stadt-kamen.de
Email: cdu.kamen@cityweb.de

Geschäftszeiten:
8.30 – 12.30 Uhr

21. März 2005

Resolution zum Erhalt der Kreispolizeibehörde Unna

Sehr geehrter Herr Hupe,
wir bitten, in der Ratssitzung am 21. April 2005 den Tagesordnungspunkt

Resolution zum Erhalt der Kreispolizeibehörde Unna

vorzusehen sowie den beigefügten Resolutionstext dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Wir bitten den Bürgermeister und alle Fraktionen, sich für den Erhalt der Kreispolizeibehörde Unna ein zu setzen. Auch der Landrat des Kreises Unna, Herr Michael Makiolla, hat sich in einer Presseerklärung zusammen mit den Bürgermeistern des Kreises Unna skeptisch zu den geplanten organisatorischen Veränderungen ausgesprochen. Herr Landrat Michael Makiolla am 03.02.2005: „Die Zentralisierung der Polizei in Richtung Dortmund und die Schaffung einer Mega-Behörde birgt nach Ansicht der Bürgermeister die große Gefahr in sich, dass die spezifischen Sicherheitsinteressen der Menschen im Kreis Unna bei der Arbeit der Polizei nicht ausreichend berücksichtigt werden. Es dürfe vor allen Dingen zu keiner weiteren Reduzierung der Polizeipräsenz im Kreisgebiet kommen, so die Bürgermeisterrunde.“

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Resolution zum Erhalt der Kreispolizeibehörde Unna und bittet den Ministerpräsidenten und den Innenminister des Landes NRW von der geplanten Neuorganisation abzusehen.

Mit freundlichem Gruß

Heinrich Kissling

Heinrich Kissling
Fraktionsvorsitzender

Resolution zum Erhalt der Kreispolizeibehörde Unna

Die Polizei in NRW muss auch in Zukunft im Kreis Unna bürgernah organisiert bleiben. Ein vom nordrhein-westfälischen Landtag in Auftrag gegebenes und seit Veröffentlichung Mitte Januar heftig diskutiertes Gutachten schlägt dagegen vor, die Polizei im Kreis Unna dem Dortmunder Polizeipräsidenten zuzuschlagen.

Durch die von der so genannten Scheu-Kommission zur Neuorganisation der Polizeibehörden in NRW vorgeschlagene drastische Reduzierung der Zahl der Polizeibehörden von zur Zeit 50 auf insgesamt 16 würden jedoch polizeiliche Organisationsstrukturen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, ohne Not und ohne zwingende Gründe zerschlagen. Die bisher sehr erfolgreiche Zusammenarbeit der Polizei mit dem Kreis und den Städten und Gemeinden im Kreisgebiet muss gewährleistet bleiben.

Der Vorschlag der Kommission zur Neuorganisation der Polizeibehörden würde zur Schaffung von schwerfälligen Mega-Behörden führen, den Kontakt der Bevölkerung zur Polizei reduzieren, die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und den kommunalen Behörden nicht verbessern und damit das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger nicht steigern können.

Die von der Landesregierung erwartete günstige Wirkung der Neuorganisation wird laut Kommissionsbericht mit Aufnahme der Vorbereitungsmaßnahmen in 2005 erst im Jahr 2012 erwartet. Eine Verbesserung der Situation für Bevölkerung und Polizei ohne diese Neuorganisation lässt sich anhand der Optimierung gesetzlicher Ermächtigungen und der Verbesserung interner organisatorischer und personeller Abläufe der polizeilichen Arbeit jedoch bereits in 2 Jahren erreichen.

So sind zum Beispiel Polizeibeamte, die bloße Verwaltungstätigkeiten ausüben, Zug um Zug zeitnah durch Angestellte zu ersetzen, damit für die ureigene hoheitliche Aufgabenwahrnehmung wieder Polizeivollzugsbeamte freigesetzt werden können.

Dem hohen Altersdurchschnitt in der Polizei, der zwangsläufig eine Flut von Pensionierungen nach sich ziehen und die Polizeibeamten damit erheblich in der Zahl reduzieren wird, muss rechtzeitig durch Einstellungen neuer Polizeibeamter in hinreichender Zahl begegnet werden. Tatsächlich hat das Innenministerium bzw. die Landesregierung die Zahl der Einstellungen von jährlich bisher ungefähr 1000 bis 1200 auf 480 (Jahr 2005) reduziert.

Kamen, 21. April 2005